



An den Grossen Rat

22.5339.02

WSU/P225339

Basel, 28. September 2022

Regierungsratsbeschluss vom 27. September 2022

Interpellation Nr. 79 Lydia Isler-Christ betreffend einfach durchzuführende Massnahmen zur Reduktion des Gasverbrauchs

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 14. September 2022)

«Als Folge des Ukraine-Kriegs muss die Schweiz mit reduzierter Verfügbarkeit von Gas rechnen. Schon bald werden Massnahmen nötig, um den Verbrauch wo immer möglich zu reduzieren. Betroffen sind die Wirtschaft und die Haushalte.

Mit einfachen Massnahmen kann der Gasverbrauch im Haushalt gesenkt werden. Mit einem warmwassersparenden Duschkopf kann bei jeder Dusche bis zu 60% Wasser und entsprechend Heizenergie gespart werden, wassersparende Armaturen (Temperaturbegrenzer, Durchflussbegrenzer, smart-Technik) leisten ebenso einen Beitrag zum Einsparen von Gas oder elektrischer Energie. Das Gewerbe verfügt über das notwendige Know-how hinsichtlich Beratung und Umsetzung von energiesparenden Massnahmen.

Die richtige Einstellung von gasbetriebenen Heizungen leistet ebenso einen Beitrag zur Reduktion des Gasverbrauchs wie die Einhaltung von empfohlenen Höchsttemperaturen in Wohn- und Schlafräumen. Die Wirkung ist hoch, wenn breite Bevölkerungskreise technische Massnahmen umsetzen und ihr Verhalten ändern.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Erkennt der Regierungsrat das Einsparpotential an Gas und anderer Energie, wenn möglichst alle Haushalte oder eine Vielzahl aktiv mitwirken bei der Umsetzung von Verhaltens- und technischen Massnahmen?
2. Besteht aus der Sicht des Regierungsrats Handlungsbedarf?
3. Ist der Regierungsrat bereit, Aktionen zu lancieren, um energiesparende Installationen gratis oder kostengünstig abzugeben; dies in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Branchen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, in geeigneter Form an alle Haushalte umfassende Informationen abzugeben, wie der individuelle Beitrag zur Reduktion des Gas- und Energieverbrauchs aussehen kann?
5. Sieht der Regierungsrat andere Massnahmen als geeignet und angezeigt, um eine Reduktion des Gasverbrauchs im Kanton erreichen zu können?»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitung

Der Kanton Basel-Stadt hat seine Energiepolitik seit Jahrzehnten auf Energieeffizienz und erneuerbare Stromproduktion ausgerichtet. Der eigene Energieversorger IWB Industrielle Werke Basel produziert heute die Strommenge, die in Basel gebraucht wird, mit seinen eigenen Anlagen und 100 Prozent erneuerbar. Rund die Hälfte der Haushalte sind zudem an das Fernwärmennetz angeschlossen. Diese Wärme wird zum grössten Teil mit Abfall und Holz aus der Region erzeugt. Dank dieser konsequenten Energiepolitik konnte der Kanton in den letzten 10 Jahren seinen Energiebedarf um knapp 30 Prozent senken. Gemäss kantonaler Energiestatistik ist der Stromverbrauch um 17 Prozent geringer als vor 10 Jahren und die Menge des Erdgases ist in der selben Zeit sogar um 45 Prozent zurückgegangen.

Diese durchaus positive Geschichte hilft Basel-Stadt in der aktuellen Situation aber nur sehr bedingt: Für den kommenden Winter muss die Schweiz mit einer schwierigen Versorgungssituation für Strom und Gas rechnen. Aus Russland wird wegen des Kriegs gegen die Ukraine Gas nur im gedrosselten Umfang in den Westen geliefert. In Frankreich liefern derzeit die Hälfte der Atomkraftwerke wegen Revisionen keinen Strom. Zudem herrscht in den Seen und Flüssen Wassermangel. Dies limitiert die Stromproduktion mit Wasserkraft und die Anlieferungen von fossilen Energien auf dem Rhein. Die Schweiz ist beim Erdgas und Erdöl zudem zu 100 Prozent abhängig von Importen, und sie muss in den Wintermonaten Strom aus dem Ausland importieren. Diese Faktoren zeigen sich bei den Preisen für Strom und Gas; diese sind heute auf einem bisher nie dagewesenen Niveau.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat aufgrund dieser Ausgangslage unter dem Dach der Kantonalen Krisenorganisation KKO den Strategiestab Mangellage Strom und Gas eingerichtet. Wichtiges Standbein dieser Organisation ist der Energieversorger IWB. Die IWB ist auf eine mögliche Strom- und Gasmangellage vorbereitet. In der FernwärmeverSORGUNG trifft sie Vorkehrungen, um den Erdgas-Anteil teilweise auf Öl umzustellen. Die Strom- und Gaslieferungen für den kommenden Winter hat die IWB vertraglich vereinbart, wobei der kritische Punkt ist, dass diese Mengen im Fall einer eintretenden Mangellage auch wirklich in die Schweiz und nach Basel gelangen.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Erkennt der Regierungsrat das Einsparpotential an Gas und anderer Energie, wenn möglichst alle Haushalte oder eine Vielzahl aktiv mitwirken bei der Umsetzung von Verhaltens- und technischen Massnahmen?*

Ja, Effizienzmassnahmen und Sparbemühungen in Bezug auf die Nutzung von Energie erachtet der Regierungsrat als sehr wichtig, um die Versorgungssicherheit im Winter 2022/23 zu erhöhen. Jede eingesparte Kilowattstunde zählt und zwar ab sofort, auch wenn es noch hell und warm ist. Denn heute wird zum Beispiel mit Gas auch Strom produziert. Wird Strom gespart, schont dies die Gasreserven.

2. *Besteht aus der Sicht des Regierungsrats Handlungsbedarf?*

Ja. Eine sichere und nachhaltige Energieversorgung ist sowohl für die Bevölkerung wie für die Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Für diesen Winter steht die Versorgung mit Gas und Strom in Europa und damit auch in der Schweiz vor grossen Herausforderungen. Um einer Krise entgegenzuwirken, müssen alle jetzt einen Beitrag leisten, die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft und die öffentliche Hand.

3. *Ist der Regierungsrat bereit, Aktionen zu lancieren, um energiesparende Installationen gratis oder kostengünstig abzugeben; dies in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Branchen?*

«Was nichts kostet, ist nichts wert»: Dieser Grundsatz gilt auch für Aktionen mit Breitenwirkung. Erfahrungsgemäss verursachen Gratisabgaben an die breite Öffentlichkeit mehr Abfall als Wirkung. Das will der Regierungsrat zur Schonung der natürlichen Ressourcen generell vermeiden.

Der Regierungsrat lässt unter dem Dach der Kantonalen Krisenorganisation KKO auch kantonale Sparmassnahmen prüfen und ausarbeiten. Eine Massnahme hat der Regierungsrat am 30. August 2022 bereits beschliessen: Mit Blick auf die Heizperiode 2022/2023 wird die Raumtemperatur in den Gebäuden der kantonalen Verwaltung, in welchen vor allem Bürotätigkeit geleistet wird, auf 19 Grad Celsius festgesetzt. Dies gilt auch für die öffentlichen kantonalen Schulen ab Sekundarstufe I mit ihren Unterrichtsräumen. Dies soll als Beispiel für Firmen und private Haushalte dienen, die Raumtemperatur diesen Winter auch zu senken. Der Regierungsrat prüft zurzeit weitere Massnahmen der kantonalen Verwaltung zur Senkung des Energieverbrauchs.

4. *Ist der Regierungsrat bereit, in geeigneter Form an alle Haushalte umfassende Informationen abzugeben, wie der individuelle Beitrag zur Reduktion des Gas- und Energieverbrauchs aussehen kann?*

Zum Gas ist wichtig zu wissen, dass 40 Prozent in den privaten Haushalten verwendet wird. Es ist somit wichtig, dass auch die Privathaushalte beim Sparen mitwirken. Dazu sind Information und Sensibilisierung wichtig. Der Bund startete am 31. August 2022 die Kampagne «Energie ist knapp. Verschwenden wir sie nicht.», um den Energieverbrauch auf freiwilliger Basis rasch und massgebend zu senken. Die Kampagne zeigt mit praktischen Tipps, wie Unternehmen und Haushalte Energie sparen können. Der Regierungsrat unterstützt diese Kampagne und will sie auch auf seinen eigenen Kanälen weiter verbreiten. Zudem bieten sowohl das Amt für Umwelt und Energie AUE wie auch die IWB schon seit Jahren Energieberatungen für Firmen und private Haushalte an. Diese Beratungen werden zurzeit rege genutzt.

5. *Sieht der Regierungsrat andere Massnahmen als geeignet und angezeigt, um eine Reduktion des Gasverbrauchs im Kanton erreichen zu können?*

Nicht nur die Haushalte, sondern auch die Wirtschaftsunternehmen wie auch die kantonale Verwaltung verbrauchen Energie und auch Erdgas. Schon seit Anfang des Jahres steht der Energieversorger IWB mit seinen Grosskunden (100'000 kWh Stromverbrauch pro Jahr) im Austausch, mit dem Ziel, auf die vom Bund definierten Eskalationsstufen bei einem Gas- oder einem Strommangel vorbereitet zu sein. Für alle Kundeninnengruppen sind zudem auf der IWB-Website Informationen aufgeschaltet.

Zudem setzen auch die steigenden Kosten für Strom, vor allem auf dem freien Markt beschafften, und für Erdgas die Preissignale so, dass sich das Sparen von Energie auch finanziell stärker lohnen wird.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin